

12.10.2007

Politikern soll ein Licht aufgehen

Kundgebung gegen Kibiz am und im Rathaus / Resolution aus Vlotho an den Landtag Vlotho (va). Vlotho wird sich das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) nicht einfach so gefallen lassen und eine Resolution an den Landtag stellen. Da die Zeit drängt, muss es dabei zu einer Dringlichkeitsentscheidung kommen.

Von Oliver Plöger

So hat es der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport beschlossen - vor einer Kulisse aus Eltern, Erzieherinnen und Kindern. Die bildeten zum Auftakt der Sitzung vom Rathaus-Eingang bis zum Sitzungssaal eine Lichterkette, ähnlich wie gestern an vielen Orten in NRW.

"Wir wollen, dass den Politikern ein Licht aufgeht", machte Kirsten Rinne aus der Villa Kunterbunt in Exter deutlich. An Ausschussvorsitzenden Christian Dahm überreichte sie einen Appell, der auf die Defizite der Gesetzgebung hinweist. Gudrun Krause aus dem Kindergarten an der Breslauer Straße fasste einen der wesentlichen Punkte zusammen: "Die Umstellung von Gruppenpauschalen auf Pro-Kopf-Pauschalen birgt das Risiko, dass aus finanziellen Gründen die Gruppenstärken möglichst ausgeschöpft oder sogar ausgeweitet werden." Aus pädagogischer Sicht aber sei es sinnvoll, kleinere Gruppen zu bilden, um die Kinder intensiver zu fördern, so Gudrun Krause.

Helmut Züchner, Amtsleiter und auch für die Kindergärten zuständig, erinnerte in diesem Zusammenhang an einen früheren Ausschuss-Beschluss. In Vlotho sei es fester Wille, keine Einsparungen zu Lasten der Qualität vorzunehmen.

Das Kibiz, so die Erzieherinnen, habe Nachteile in der Sprachförderung. Wirklich fortschrittlich wäre es, wenn nicht deutschsprachige Kinder auch in ihrer Muttersprache gefördert würden. Ob das personell aber noch leistbar ist, lässt das Gesetz offen.

Weiter sei das in NRW praktizierte Modell der kleinen altersgemischten Gruppe erfolgreich und zukunftsweisend. Die Einführung der altershomogenen Krippengruppen im Kibiz sei ein Rückschritt.

Beispiel sei auch die Kommunalisierung der Elternbeiträge. Im Kirchenkreis Vlotho sei ein Beitrag von 19 Prozent nicht zu erreichen. Es werde zu Anhebungen kommen müssen. "Dazu bietet das Kibiz dann noch verschiedene Buchungszeiten an, und Eltern werden ebenfalls nach Kassenlage entscheiden, wie viel Kindergarten sie sich für ihre Kinder leisten können oder wollen", hieß es von den Erzieherinnen.

Applaus bekam Hans-Werner Jungmann (SPD) für die Äußerung, dass er Sparmaßnahmen bei zurückgehenden Kinderzahlen für unverständlich hielt. Jürgen Kusche (GLV) schlug schließlich die Resolution vor, letzter Abgabetermin vor der Entscheidung im Landtag ist der 18. Oktober.

Einen Text hatte Helmut Züchner bereits vorbereitet. Darin soll es um die Öffnungszeiten gehen, die in den vergangenen Jahren sinnvoll ausgeweitet und dem Bedarf der

Familien angepasst wurden. Gepocht wird auch auf die kleinen altersgemischten Gruppen und die Forderung, die Gruppengrößen bei zurückgehenden Kinderzahlen zu reduzieren.